

**Beschluss des MIT-Bundesvorstands
Am 27./28. April 2007 in Potsdam**

Reform der 400-Euro-Jobs

Der Bundesvorstand der MIT fordert eine Reform der 400-Euro-Job-Regelung. Nachstehende Prämissen sollen Bestandteil der Reform sein:

1. Die Pauschalabgabe bei Minijobs in Höhe von 30 % sollen wieder zurückgeführt und auf max. 25 % abgesenkt werden.
2. Im Rahmen eines Minijob-Arbeitsvertrages soll bei Betrieben mit bis zu 20 Mitarbeitern der Kündigungsschutz nicht mit einer Vollzeit-Beschäftigung gleichgestellt sein.
3. Es soll mehr Flexibilität ermöglicht werden.

Begründung:

Die Erhöhung der Pauschalabgaben von 25 % auf 30 % musste alleine von den Betrieben finanziert werden. Auf diesem Wege hat man eine weitere Lohnkostensteigerung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen beschlossen, welche langfristig zwangsläufig zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau im Niedriglohnbereich führt. Durch die Erhöhung der Pauschalabgaben für geringfügig Beschäftigte wurde legale Arbeit erheblich verteuert und damit die Schwarzarbeit gefördert. Durch die Zurücknahme der Anhebung der Pauschalabgaben soll dem entgegengewirkt werden.

Beschlussfassung: einstimmig